

An  
Oberbürgermeister Thomas Hirsch

E 2.12.  
10:30

**GRÜNE Stadtratsfraktion**  
Lea Saßnowski  
Lea Heidbreder

**CDU Stadtratsfraktion**  
Peter Lerch

**FDP Stadtratsfraktion**  
Jochen Silbernagel

Landau, den 02.12.2019

## **Resolution zum Universitätsstandort Landau**

Der Stadtrat Landau stellt fest, dass die positive Entwicklung des Universitätsstandortes Landau eine positive Entwicklung auch für unsere Stadt bedeutet. Die positive Entwicklung lässt sich deutlich in der interdisziplinären Wissenschaft (beispielsweise dem Profil Bildung-Umwelt-Mensch) und in der Forschungs- und Lehrstärke in den Lehramtsstudiengängen und den Schwerpunkten Umweltwissenschaften und Psychologie aufzeigen. Der Standort Landau ist mit seinen Studierenden und Mitarbeitenden ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt geworden. Durch die Studierenden und zentralen Einrichtungen der Universität am Standort Landau wird das kulturelle Leben vor Ort bereichert. Durch Kooperationen profitiert unsere Stadt und Region, beispielsweise im schulischen Bereich oder bei Klimaschutzmaßnahmen. Ausgründungen sind und können noch stärker Antrieb für regionales und nachhaltiges Wirtschaften werden. Um diese positive Entwicklung des Standortes nicht zu gefährden ist die nun angestoßene Hochschulstrukturreform unbedingt mit ausreichender Finanzierung und bestimmten Rahmenbedingungen zu gestalten. Der Stadtrat Landau nimmt die aktuelle Entwicklung der Hochschulstrukturreform zur Kenntnis, die eine Einigung der Hochschulleitungen beider Universitäten mit dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur beinhalten. Er begrüßt im Besonderen die Offenheit beim Zeitplan durch die Möglichkeit der Erweiterung der Aufbauphase. Dass die Akteurinnen und Akteure aller Statusgruppen am Campus Landau konstruktiv am Geschehen teilnehmen. Der Landauer Stadtrat lehnt nicht grundsätzlich eine Zusammenlegung der beiden Universitätsstandorte Landau und Kaiserslautern ab.

Der Stadtrat kritisiert, dass die Universität Koblenz-Landau und damit auch der Campus Landau keine angemessene und mit anderen Universitäten in Rheinland-Pfalz vergleichbare finanzielle Grundausstattung hat. Ebenso, dass die Einleitung der Hochschulstrukturreform ohne ausreichende finanzielle Zusicherung geschehen ist. Es muss verhindert werden, dass die Anfängerzahlen in Zukunft reduziert werden müssen.

Der Stadtrat fordert deshalb die Landesregierung auf

- die zeitlichen und finanziellen Ressourcen aus originären Landesmitteln für den Hochschulstrukturprozess deutlich zu erhöhen, um mindestens die vorhandenen Studierendenzahlen zu halten. Berechnungen hierzu können die betroffenen Standorte selbst am besten anstellen. Hierbei müssen sowohl Mittel für die Entflechtung als auch für den Aufbau bereitgestellt werden. Vor allem in der Entflechtungsphase muss dabei das bereits lange bekannte strukturelle Defizit am Campus Landau behoben werden und es muss sichergestellt sein, dass die zusätzlichen Gelder nicht aus Mitteln geschöpft werden, die für die Aufrechterhaltung des aktuellen Niveaus in Forschung und Lehre benötigt werden. Dies schließt ein, dass mindestens die aktuellen Studierendenzahlen erhalten werden können.
- sicherzustellen, dass der Campus Landau zu jeder Zeit handlungs-, strategie- und sprechfähig ist
- sicherzustellen, dass die Identität, Stärken und der Name Landaus und der Region ausreichend Platz in der neuen Einrichtung finden. Die derzeitige Fächerstruktur Landaus sollte mindestens auf dem derzeitigen Stand beibehalten werden.
- Die Landauer Universität muss ein gleichberechtigter Partner sein, wobei eine paritätische Besetzung der Arbeitsgruppen und Aufbaugremien erforderlich ist.
- Durch die Zusammenlegung müssen Synergieeffekte erkennbar sein. Dazu gehört eine externe Begleitung.
- Die geplante Eigenständigkeit der Universität Koblenz darf sich nicht zum Nachteil der Landauer Universität entwickeln.
- Nachdem die Einbeziehung der beteiligten Standorte anfangs nur unzureichend umgesetzt wurde, wollen wir würdigen, dass sich die Kommunikation mittlerweile verbessert hat und die Universitäten besser eingebunden sind. Ein ausreichender Beteiligungsprozess ist allerdings nur dann gewährleistet, wenn alle Statusgruppen ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und auch die betroffenen Regionen informiert und gehört werden.

Wir erwarten, dass das Ministerium in diesem Prozess der Region Landau die gleiche Bedeutung und Aufmerksamkeit einräumt, wie sie beispielsweise der Region Koblenz gewährt.

Wenn die Bedingungen für ein respektvolles Begegnen auf Augenhöhe und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen sind, sieht auch der Stadtrat Landau Potential für eine Stärkung der wissenschaftlichen Landschaft und eine neue schlagkräftige Einrichtung durch die Kooperation der Standorte Kaiserslautern und Landau. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Verantwortlichen am Standort Landau und die gesamte Region hinter diesem Prozess stehen und ihn unterstützen. Wir appellieren deshalb an die Landesregierung, die Chance für eine gelingende Strukturreform zu nutzen und alle Verantwortlichen aus Landau sowohl beim Abstimmungsprozess, als auch bei der Neustrukturierung finanziellen Ausstattung wirkungsvoll zu beteiligen.



Hannah Trippner

Peter Lerch

Jochen Silbernagel